

Beschlussvorlage

Organisationseinheit Abteilung 1	Datum 21.11.2018	Drucksachen-Nr. 2018/274
-------------------------------------	---------------------	------------------------------------

↓ Beratungsfolge	↓ Sitzungsart	↓ Sitzungstermin/e
Verwaltungs- und Finanzausschuss	öffentlich	03.12.2018
Kreistag	öffentlich	17.12.2018

Tagesordnungspunkt 5

Kreishaushalt 2019;

Antrag der Fraktion der Freien Wähler zum Thema Personal

Beschlussvorschlag

Zu 1)

Die Verwaltung wird beauftragt, das Abbaukonzept zu „asylbedingten Stellen“ in die nächste Sitzung des VFA einzubringen.

Zu 2)

Die Verwaltung wird beauftragt, Konzeptentwürfe und finanzielle Größenordnungen einzuholen, bzw. zu ermitteln.

Sachverhalt

Die Fraktion der Freien Wähler hat am 12. November 2018 zwei Anträge zum Personalaufwand des Landkreises gestellt. Das entsprechende Schreiben liegt als **Anlage 1** bei.

Zu 1.

Die Verwaltung hat bereits begonnen, ein Stellenabbaukonzept der asylbedingt geschaffenen Stellen zu erarbeiten. Hierbei wird der Zeitraum 2019 bis 2023 betrachtet. Die betroffenen Fachämter waren aufgefordert, für ihre Bereiche eine Prognose bzw. ein Abbaukonzept vorzulegen.

Die Rückmeldungen der Fachämter liegen mittlerweile vor, müssen aber noch plausibilisiert werden. Während in einigen Bereichen bereits konkrete Stellenzahlen benannt werden konnten, war in anderen Bereichen noch keine zahlenmäßige Prognose möglich. Auch diese Fälle befinden sich in der Klärung mit den Fachämtern.

Im Entwurf des Stellenplans für 2019 ist ein Abbau von 14,55 asylbedingt geschaffenen Stellen vorgesehen (bei gleichzeitigem Aufbau von 2,0 neuen Stellen). Dieser Abbau ist in der Stellenanmeldungsliste für den Haushalt 2019 dargestellt und liegt als **Anlage 2** bei.

Für das Jahr 2020 ergibt sich aus den Rückmeldungen der Fachämter ein vorläufiges Stellenabbaupotential von 13,05 Stellen (vorbehaltlich der weiteren Klärung und Plausibilisierung).

Das Konzept soll zu Beginn des Jahres 2019 fertiggestellt sein und dann dem VFA und dem Kreistag zur Beratung vorgelegt werden.

Zu 2.

Die Verwaltung könnte Kontakt mit entsprechenden Anbietern aufnehmen und ein Konzept mit dazugehörendem Kostenrahmen in die nächste Sitzung des VFA zur Beratung einbringen.

Finanzielle Auswirkungen

Siehe Sachverhalt – derzeit nicht ermittelbar.

Anlagen

Anlage 1 - Antrag der Fraktion der Freien Wähler vom 12. November 2018

Anlage 2 – Stellenanmeldungsliste 2019 (mit Asyl)